

ANFRAGE von Daniel Heierli (Grüne, Zürich) und Marion Schmid (SP, Zürich)

Betreffend Korrekte Verwendung der Staatsbeiträge an private Berufsfachschulen mit kantonalem Leistungsauftrag

Nach dem Careum nun die Juventus Schule für Medizin und die Schweizerische Fachschule für Mode und Gestaltung: Private Berufsfachschulen mit kantonalem Leistungsauftrag geraten immer wieder in die Schlagzeilen (1). Bemängelt wird, dass die vom Kanton finanzierten Löhne der Lehrpersonen nicht gemäss Leistungsvereinbarung ausbezahlt werden.

Gemäss Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) § 22 Absatz 3 können auch Berufsschulen mit privater Trägerschaft den Berufsschulunterricht anbieten. Der Unterricht wird vom Kanton finanziert.

Es liegt auf der Hand, dass ein öffentliches Interesse an der korrekten Verwendung dieser Steuergelder besteht.

Im Staatsbeitragsgesetz, § 12, ist entsprechend festgehalten:

Die Staatsbeiträge müssen ihrem Zweck entsprechend und unter Einhaltung der Bedingungen und Auflagen verwendet werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Schulen mit privater Trägerschaft sind im Kanton Zürich mit dem Anbieten des Berufsschulunterrichts betraut? Wie gross sind die jährlichen staatlichen Zahlungen in diesem Zusammenhang? Welcher Anteil davon entfällt auf Personalaufwand für Lehrpersonen im Allgemeinen und deren Löhne im Speziellen?
2. Sind die aktuellen gesetzlichen Grundlagen ausreichend, um die privaten Schulanbieter zu einer lückenlosen Offenlegung der Verwendung der Staatsbeiträge inklusive Lohnlisten (gegebenenfalls anonymisiert) zu verpflichten?
3. Reicht der Personalbestand der verantwortlichen kantonalen Stellen, um die vorgesehene Verwendung der Staatsbeiträge wirksam zu überprüfen?
4. Welche Punkte sind in den Leistungsvereinbarungen mit den privaten Schulen geregelt? Welches sind die Vorgaben bezüglich Entlohnung der Lehrpersonen?
5. Gibt es eine kantonale Aufsicht über die genannten Schulen, wo ist diese angesiedelt und was beinhaltet sie?
6. Vom Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung ZLB wird eine Verstaatlichung der erwähnten Schulen mit privater Trägerschaft und kantonalem Leistungsauftrag gefordert. Wie steht der Regierungsrat zu dieser Forderung?

Daniel Heierli
Marion Schmid